

Haushaltsentwurf 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dora,
meine sehr geehrten Damen und Herren im Rat der Stadt Datteln,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Im Vorfeld hatte ich mir Gedanken über den Sinn und Zweck unserer alljährlichen Haushaltsreden gemacht. Diese werden eigentlich in jedem Jahr erwartet und die einzelnen Fraktionen erhoffen sich, dass ihre Anträge Berücksichtigung finden, dies ist aber dann der Fall, wenn sich dafür Mehrheiten finden lassen und die Verwaltung diese wohlwollend begleitet.

Unsere Bürger haben in der Regel keine Zeit, um diese Uhrzeit zur Ratssitzung anwesend zu sein, demnach sind sie auf Informationen aus unserer Lokalpresse angewiesen, die aber seit Jahren Ablehnung zeigt, wenn man die Haushaltsreden in Papierform oder digital zur Verfügung stellen möchte.

Also welchen Erwartungen werden wir gerecht?

Nun aber zu meinen eigentlichen Ausführungen.

Der Haushaltsentwurf 2019, nebst Stellenplan 2019 wurde uns zur Beratung am 18.09.2018 übergeben.

Das Kalenderjahr 2019 bildet laut Entwurf wiederum ein positives Bild ab, es werden keine neuen Schulden aufgenommen, wie es der Gesetzgeber verlangt, als Voraussetzung dafür, dass die Zuschüsse, wenn auch abschmelzend bis 2021 gewährt werden. Diese Abschmelzungen sind im Haushalt ebenfalls kompensiert worden.

An dieser Stelle ist es uns sehr wichtig, unserem Kämmerer, Herrn Büker einen ganz besonderen Dank auszusprechen, der nunmehr seit Jahren den Haushaltsentwurf sehr zeitnah aufstellt, so dass wir im Rat die

Möglichkeit haben über die Vorlage zu beraten. Nicht nur das, sondern die Abschlussarbeiten der Vorjahre sind aufgearbeitet, wenn auch der Jahresabschluss 2016 wieder verspätet aufgestellt wurde, können wir sicher sein, dass wir künftig innerhalb der gesetzlichen Vorschriften die Jahresabschlüsse vorgelegt bekommen. Das Ganze war ein Stückwerk Arbeit, die man anerkennen muss. Herr Büker hat zusammen mit seinem Team sehr gute Arbeit geleistet, vielen Dank an das Team.

Besonders erfreut sind wir natürlich alljährlich über das endgültige Ergebnis der Jahresabschlüsse, das deutlich macht, dass in den Entwürfen sehr viel Luft in den Ansätzen ist. Dies gibt uns den Mut, Dinge zu fordern, die denen zugutekommen, die einen sehr großen Teil der Last der Haushaltssanierung getragen haben und es immer noch tun, nämlich die Bürger unserer Stadt, die unsere Beschlüsse hinnehmen mussten, die wir unter Druck gefasst haben, um unsere Haushaltshoheit zu bewahren.

Spielräume sind nunmehr erkennbar vorhanden.

Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, den Forderungen der Politik zu folgen, die heute gestellt werden. Die Erläuterung der Verwaltung für die Ablehnung des Antrages auf Grundsteuersenkung aus dem letzten Jahr, vermag in diesem Jahr nicht zu überzeugen.

Der Stellenplan 2019 soll offensichtlich wieder, wie auch in den Vorjahren, ohne Personalentwicklungskonzept verabschiedet werden. Ein solches spiegelt sich in dem uns vorgelegten Stellenplan jedenfalls nicht sichtbar wieder. An nahezu allen Bereichen spricht man davon, dass kein Personal vorhanden sei und daher Abläufe länger dauern würden. Im Bereich der Gebäudewirtschaft können anstehende Projekte wegen Personalmangel nicht zeitnah umgesetzt werden. Eine Frage stellt sich, gehen dadurch nicht auch Fördergelder verloren, wenn Projekte nicht vorangetrieben werden können? Als Beispiel sei zu nennen „Gute Schule“, aber auch andere, auf die ich hier nicht weiter eingehen möchte.

Wie kann es sein, dass Bürger, die Datteln als ihre neue Wahlheimat gewählt haben, für ihre Kinder keinen Betreuungsplatz finden? Bürger haben dies an mich herangetragen. In Kenntnis unserer demografischen Entwicklung sollten wir über jede Familie froh sein, die sich Datteln als neue Wahlheimat ausgesucht haben. Wie wollen Sie bitte dies unseren Neubürgern erklären, dass ihre Kinder nicht betreut werden können, weil die Plätze dafür fehlen.

Der Stellenplan ist ein ganz entscheidender Punkt für den Haushalt eines jeden Jahres und natürlich auch für den HSP 2012-2021. Die Personalkosten steigen trotz vermeintlichen Personalabbaus jedes Jahr. Das erklärt sich zum Teil aus den Tarifierhöhungen und den ständig steigenden Ansatz von Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen. Die Mitarbeiter werden jedes Jahr älter, somit rückt der Versorgungsfall immer näher. Die Rückstellungen belasten zwar nicht die Liquidität von heute, werden aber werden spätestens bei Eintritt des Pensionsfalls ins Gewicht fallen und die Liquidität belasten. Aufgrund der Altersstruktur

wird dies in wenigen Jahren der Fall sein. Eine enorme Auswirkung im Ergebnis stellt der rechnerische Zinsfuß dar, der unser Periodenergebnis in Höhe von 6 %, der bei dem heutigen Zinsmarkt nicht mehr zeitgemäß ist. Das daran immer noch festgehalten wird, ist nicht zu vermitteln.

Der bisherige Personalabbau macht einigen Mitarbeitern auch gesundheitlich zu schaffen. Was wird getan, um die Gesundheit der Mitarbeiter zu schützen? Haben wir einen ähnlich hohen Krankenstand wie in anderen Kommunen, der deutlich über dem in der Privatwirtschaft liegt?

In diesem Zusammenhang drängt sich natürlich die Frage des Gesundheitsmanagements auf, wie sich der Krankenstand in unserer Stadt entwickelt hat und was getan wird, den Krankenstand zu reduzieren. Diese Fragen waren bereits im letzten Jahr von uns aufgeworfen worden, leider bisher ohne Reaktion der Verwaltung.

In der Digitalisierung können einige Engpässe vermieden werden. Die Digitalisierung vernichtet keine Arbeitsplätze, sondern schafft sogar neue und durch den Umbau des Personalaufbaus, können notwendige Freiräume geschaffen werden. Wir alle können sicher sein, dass beim Ausscheiden zahlreicher Mitarbeiter viele nicht ersetzt werden können, weil das Fachpersonal fehlt. Denken Sie bitte daran, wie viele Mitarbeiter in den nächsten Jahren aus Altersgründen ausscheiden werden. Unsere Bürger könnten sich einige Wege in das Rathaus sparen, wenn mehr Formulare online gestellt würden und dort bearbeitet werden könnten. Andere Behörden, selbst die Finanzämter wie auch das Polizeipräsidium sind uns da einige Schritte voraus.

In 10 bis 15 Jahren scheiden ca. 30-40 % der Mitarbeiter altersbedingt aus der Verwaltung aus. Verlieren Sie das bitte nicht aus den Augen. Wir bilden immer noch nicht ausreichend Nachwuchs aus. Uns wird bald das Fachpersonal ausgehen. Wir sollten ernsthaft über eine Ausbildungsquote nachdenken. 5 % des Personalbestandes jährlich wär eine Zahl, die uns mittelfristig helfen würden. Zur Zeit werden in der Verwaltung 3 Menschen ausgebildet, das ist eindeutig zu wenig und nur ein zu kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Beim Zinsmarkt ist für das kommende Jahr immer noch keine Wende erkennbar und auch nicht gewollt, obwohl die USA bereits vier Mal den Leitzins erhöht haben. Bei uns in Europa geht man von Anfang 2020 von den ersten kleinen Zinserhöhungen aus.

An dieser Stelle sollte man dafür Sorge tragen dass man die Kassenkredite zu den jetzt günstigen Konditionen umschuldet. Ansonsten könnten uns die Entwicklungen langsam überrollen. Wir werden davon ausgehen müssen, dass die Kassenkredite innerhalb der nächsten Jahre nicht aus unserem Cash-Flow getilgt werden können. Auslaufende Investitionskredite sollten längerfristig zu guten Konditionen verlängert werden.

Eigentlich müsste man diese Phase nutzen, um Schulden zu tilgen. Dies darf aber nicht zu Lasten von Investitionen gehen. Wer nicht investiert verliert am Ende. Oder nüchtern betrachtet, wie lange dauert es, unseren Kassenkredit abzubauen, wenn man die jetzigen Überschüsse zugrunde legt und zur Tilgung verwendet? Es würde über 60 Jahre dauern. Die meisten Kommunen (auch wir) haben das Problem, dass sie aus eigener Kraft, ihre Kassenkredite nicht tilgen können. Helfen kann nur ein ambitionierter Schuldenfond, der die Kassenkredite der Kommunen übernimmt. Als Argumentation könnte man anführen, dass genau diese dadurch entstanden sind, das die Kommunen durch Gesetzgebung von Bund und Land die Rechnung für diese Gesetze zu zahlen hatten. Die Quittung dafür haben wir seit Jahren. Wir sind Nothaushaltsgemeinde, eine von vielen in NRW.

Datteln, 28.11.2018

Peter Amsel
Stv. Fraktionsvorsitzender

fdp.dsp.fraktionsgemeinschaft@gmail.com

www.fdp-dsp.de

FDP/DSP
Ratsfraktion
Lohstraße 48
45711 Datteln

T: 0171/9913050
F: 02363/361920

Die Zuwanderung von Flüchtlingen stellt uns vor neue Herausforderungen, mit denen wir vor Jahren nicht zu rechnen war. Vor einigen Jahren haben wir Schulen geschlossen, weil die Anmeldung von Kindern fehlten. Nun können wir froh, dass wir nicht weitere Schulen geschlossen haben.

Wie sieht es aus mit Kosten für Integration, Sprachkurse. Haben wir genügend Plätze in unseren Kindergärten und Schulen und haben wir eine ausreichende Personalausstattung? Erhöhen sich durch die Zuwanderung abermals die Kosten für die Jugendhilfe, wegen weiter steigenden Fallzahlen? Eine gute Nachricht ist, dass das Land nunmehr erstmalig die Zuschüsse des Bundes in voller Höhe an die Kommunen weiter geben wird. Das ist neu in der jetzigen Landesregierung, früher gab es das nicht.

Bei dem Sportentwicklungskonzept haben wir bereits Erfolge und sind wir auf einem sehr gutem Weg, in Datteln positive Veränderungen zu erreichen. Die Arbeiten im Sportzentrum Süd sind abgeschlossen, mit dem Sportpark Mitte geht es voran. Die Gelder vom Land sind bewilligt und ich hoffe auf eine schnelle Umsetzung des Vorhabens.

Wir Ratsvertreter haben die Aufgabe, in Sinne der Bürger zu entscheiden. Unsere Bürger wurden in den letzten Jahren sehr stark zur Kasse gebeten und haben einen sehr, sehr großen Teil zur Haushaltssanierung beigetragen. Dies dürfen wir nie aus den Augen verlieren. Der Rat ist die einzige Instanz, die (bedingt) Einfluss auf den Haushalt nehmen kann, genau dies wird von unseren Bürgern erwartet, die uns gewählt haben.

Ich bedanke ich für Ihre Aufmerksamkeit

Peter Amsel

Fraktionsvorsitzender